

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Dossier: Rothenthurm-Initiative (Schutz der Moore)**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Eperon, Lionel  
Gilg, Peter  
Hirter, Hans  
Hofmann, Stéphane  
Holenstein, Katrin  
Junker, Beat  
Kistler, Jörg  
Lachat, Alexandre  
Longchamp, Claude  
Rinderknecht, Matthias  
Terribilini, Serge

## Bevorzugte Zitierweise

Eperon, Lionel; Gilg, Peter; Hirter, Hans; Hofmann, Stéphane; Holenstein, Katrin; Junker, Beat; Kistler, Jörg; Lachat, Alexandre; Longchamp, Claude; Rinderknecht, Matthias; Terribilini, Serge 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Rothenthurm-Initiative (Schutz der Moore), 1979 - 1997*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

Streit um den Waffenplatz in Rothenthurm (SZ)	1
Kantonale Volksinitiative zum Schutz gefährdeter Landschaften	1
Schutz der Moore. Volksinitiative und Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (BRG 85.051)	2
Beeinträchtigung der Landschaft durch geplante Schiess- und Waffenplätze, Hochspannungsleitungen oder Wasserkraftprojekte	6
Zweite Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes	7
Änderung des Übereinkommens von Ramsar zum Schutz von Feuchtgebieten (BRG 88.010)	9
Ordonnances sur la protection des marais	10
Plusieurs interventions parlementaires visent à affaiblir la protection des marais	11
Inventaire des sites marécageux	11
La concrétisation de l'initiative Rothenthurm laisse à désirer selon WWF et Pro Natura	11

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EDI</b>	Eidgenössisches Departement des Inneren
<b>BLN</b>	Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung
<b>WWF</b>	World Wide Fund for Nature
<b>JSG</b>	Jagdgesetz
<b>EMD</b>	Eidgenössisches Militärdepartement, heute: Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
<b>NHG</b>	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz

---

<b>DFI</b>	Département fédéral de l'intérieur
<b>IFP</b>	Inventaire fédéral des paysages, sites et monuments naturels d'importance nationale
<b>WWF</b>	World Wide Fund for Nature
<b>LChP</b>	Loi sur la chasse
<b>DMF</b>	Département militaire fédéral, aujourd'hui: Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS)
<b>LPN</b>	Loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage

# Streit um den Waffenplatz in Rothenthurm (SZ)

## Militärorganisation

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE  
DATUM: 06.10.1979  
JÖRG KISTLER

Der Verwirklichung des lange **umstrittenen Waffenplatzes Rothenthurm** steht nunmehr rechtlich nichts mehr entgegen, nachdem vorerst das Schwyzer Verwaltungsgericht und danach das Bundesgericht die Beschwerden gegen die 1978 von der Oberallmeindkorporation erteilte Zustimmung zum Landverkauf ans EMD abgewiesen hatten.<sup>1</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 26.11.1982  
BEAT JUNKER

Der Bedeutung wie dem öffentlichen Aufsehen nach überragte **der Streit um Rothenthurm** all diese Fälle bei weitem. Hier geht die Abwehr gegen den geplanten Waffenplatz aus von Bauern, die fürchten, es finde sich in der Gegend zu wenig Realersatz für den Boden, den sie aufgeben müssten, ferner von Naturfreunden, die um das dortige Hochmoor bangen. Für dieses Anliegen zeigte Bundesrat Chevallaz wenig Verständnis: die Haltung eines Majors und Universitätsprofessors, der sich für die schützenswerte Landschaft von nationaler Bedeutung einsetzte, kanzelte er öffentlich als «dumm und gefährlich» ab. Er selber betrachtet die Schaffung von Waffenplätzen in abgelegenen Regionen als erwünschte Förderung des Tourismus. Nach diesen Auseinandersetzungen war die Öffentlichkeit eher überrascht, als der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) anfangs Dezember der Eidgenossenschaft eine Parzelle von ungefähr 4'000 m<sup>2</sup> bei Rothenthurm abtrat, weil er glaubte, er hole durch einen Verkauf unter bestimmten Auflagen mehr für seine Bestrebungen heraus, als es bei einer Enteignung möglich wäre. Noch im Mai hatte der SBN bestritten, dass das EMD-Projekt punkto Naturschutz ausgewogen sei und allen Interessen Rechnung trage. Einer Vorentscheidung trieb die Angelegenheit zu, als es die Korporation Oberägeri ebenfalls anfangs Dezember ablehnte, dem Bund 68 Hektaren zu veräussern, teils aus Solidarität mit der Gemeinde Rothenthurm, teils wegen des niedrigen abgebotenen Quadratmeterpreises. Auf diese Absage hin erklärte das EMD, es leite nun die Enteignung ein, doch solle eine gütliche Einigung immer noch möglich bleiben. Die in der Sache unnachgiebige Haltung der Militärbehörden brach freilich die Ablehnung der Gegner nicht. Sie beschlossen vielmehr, eine Volksinitiative gegen die Errichtung eines Waffenplatzes in Rothenthurm zu lancieren und demonstrierten durch Warnfeuer ihren ungebrochenen Willen zu weiterem Widerstand.<sup>2</sup>

## Kantonale Volksinitiative zum Schutz gefährdeter Landschaften

### Naturschutz

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 30.12.1982  
HANS HIRTER

Ausserst umstritten sind die Pläne des EMD, im Gebiet der Hochmoore von Rothenthurm (SZ) einen Waffenplatz zu errichten. Da wir an anderer Stelle ausführlich auf diese Kontroverse eingehen, beschränken wir uns hier auf die in diesem Zusammenhang eingereichte **kantonale Volksinitiative zum Schutz gefährdeter Landschaften**. Eher unerwarteterweise gelang es einem auf Anregung von Franz Weber gebildeten Komitee auch ohne die Unterstützung institutionalisierter Parteien und Organisationen, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Vorgeschlagen wird praktisch ein Bauverbot für nichtlandwirtschaftliche Bauten ausserhalb bestehender Siedlungen. Damit sind neben dem Waffenplatz auch weitere geplante Anlagen (Richtstrahlantenne auf dem Höhronnen, Hotelbauten in Morschach und auf dem Rigi usw.) anvisiert.<sup>3</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 23.09.1985  
KATRIN HOLENSTEIN

Mit 53% Ja-Stimmen nahm der **Schwyzer Souverän** überraschend die von grünen Kreisen eingereichte **Landschaftsschutz-Initiative** an, welche unter anderem gegen den geplanten Waffenplatz in Rothenthurm gewendet werden kann.<sup>4</sup>

# Schutz der Moore. Volksinitiative und Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (BRG 85.051)

## Militärorganisation

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 27.01.1983  
CLAUDE LONGCHAMP

Deutlich zugespitzt haben sich in den letzten Jahren die Widerstände gegen den Ausbau militärischer Ausbildungsplätze; weiterhin steht dabei die **Kontroverse um** den geplanten **Waffenplatz in Rothenthurm** im Vordergrund. Nachdem das 1982 eingeleitete Enteignungsverfahren für ein Infanterie- und ein Aufklärungsgelände die Konfliktfronten weiter verhärtet hatte, unternahm Bundespräsident P. Aubert zum Jahresbeginn noch eine Vermittlungsaktion. Ihr Scheitern beantworteten radikale Waffenplatzgegner mit gewalttätigen Ausschreitungen. Die Landesregierung beantragte in ihrer Botschaft für die militärischen Infrastrukturanlagen einen Kredit von CHF 108 Mio. für den Bau des projektierten Waffenplatzes. In seiner Begründung unterstrich der Vorsteher des EMD, G.-A. Chevallaz, wenn der Bundesrat in dieser vorwiegend durch ausserparlamentarische Aktivitäten politisierten Frage nachgeben würde, wäre dies ein schweres Präjudiz nicht nur für weitere militärische Anlagen, sondern auch für Autobahn- und Flughafenbauten.<sup>5</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.02.1983  
CLAUDE LONGCHAMP

Angesichts dieser unnachgiebigen Haltung lancierten die betroffenen Rothenthurmer, unterstützt vom WWF, ein bereits ausgearbeitetes **Volksbegehren**. Es verlangt, dass Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung als Schutzobjekte zu erklären seien. Anlagen dürften hier nur erstellt werden, wenn sie der Aufrechterhaltung des Schutzzweckes oder der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung dienen. Nach dem 1. Juni 1983 erstellte Bauten müssten nach einer Annahme der Initiative zulasten der Erbauer abgebrochen werden.<sup>6</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 05.05.1983  
CLAUDE LONGCHAMP

Unter dem Druck der ausserordentlich **rasch wachsenden Unterschriftenzahl** für das Volksbegehren entstand vorübergehend ein Klima der Konzessionsbereitschaft. Noch sehr zurückhaltend deutete Bundesrat Chevallaz in einer Ansprache vor der Solothurner Offiziersgesellschaft an, dass er den berechtigten **Naturschutzinteressen möglicherweise weiter als bisher entgegenkommen** wolle. Nachdem die zuständige Ständeratskommission einen Zusatzbericht über den militärischen Wert des geplanten Aufklärungsgeländes verlangt hätte, signalisierte der Vorsteher des EMD, dass er mit dem Bau dieses Waffenplatzteiles bis zur Abstimmung über die lancierte Initiative im Jahre 1987 oder 1988 zuwarten wolle.<sup>7</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 03.11.1983  
CLAUDE LONGCHAMP

Eine neue Wende nahm die Angelegenheit, als die Militärkommission der kleinen Kammer mit 7:4 Stimmen beschloss, am Kreditbegehren des Gesamtbundesrates festzuhalten und damit das Waffenplatzprojekt in Rothenthurm als Ganzes zur Realisierung zu empfehlen. Obwohl darauf der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) und die Sozialdemokraten ihre bis anhin befürwortende Haltung zum Projekt aufgaben und die Unterstützung der Unterschriftensammlung beschlossen, liess sich der Ständerat nicht umstimmen. Um ein **klares Zeichen zugunsten der Landesverteidigung** zu setzen, folgte er dem Antrag seines Kommissionspräsidenten H.U. Baumberger (fdp, AR) und bewilligte die ganze Kreditvorlage für militärische Bauten. Zuvor hatte der Rat einen Rückweisungsantrag, den der Sozialdemokrat E. Belser – unterstützt von den beiden Schwyzer Standesherrn – gestellt hatte und der das Aufklärungsgelände aus dem Projekt herausnehmen wollte, mit 30:11 Stimmen abgelehnt. Auch der Nationalrat lehnte entsprechende Anträge ab und bewilligte mit 88:31 Stimmen den Kredit.

Mit Blick auf die mehr als 160'000 eingereichten Unterschriften für die «Rothenthurm-Initiative» versicherte Bundesrat Chevallaz in der Volkskammer, man werde fest handeln, ohne stur zu sein. Damit hielt er sich die Option offen, vor dem Entscheid über das Volksbegehren den Ausbau des durch sie betroffenen Aufklärungsgeländes nicht zu forcieren.<sup>8</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 11.10.1984  
CLAUDE LONGCHAMP

Nebst diesen weitgehend unbestrittenen Geschäften war die Öffentlichkeit mit den Folgen der Beschlüsse des Vorjahres in Sachen Waffenplatz Rothenthurm beschäftigt. Angesichts der erstarrten Fronten verlagerte sich die Kontroverse zusehends auf die juristische Ebene. Durch eine Retouche am Projekt hatten die eidgenössischen Behörden vorerst erreicht, dass der Kasernenbau nicht mehr von der «Rothenturm-Initiative» zum Schutz der Hochmoore tangiert wird. Als **Entgegenkommen gegenüber Naturschutzkreisen** bereitete der Schwyzer Regierungsrat eine provisorische Planungszone vor, mit der bis zum Erlass eines definitiven Schutzplanes irreversible Veränderungen untersagt werden sollten. Parallel zu diesen beiden Konzessionen wurden jedoch konkrete Schritte zur Durchsetzung des Vorhabens unternommen. So setzten mit Jahresbeginn auch die Bauarbeiten an einer Zufahrtsstrasse zum Kasernenareal ein. Weiter wurde ein Enteignungsverfahren eingeleitet. Dabei beanspruchte das EMD eine «vorläufige Besitzeinweisung» der Parzellen, die für den Kasernenbau benötigt werden. Damit will es verhindern, dass es die möglicherweise langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen über die Entschädigungshöhe abwarten muss. **Die Betroffenen wehrten sich gegen beides mit rechtlichen Schritten.** Im Falle der Zufahrtsstrasse bestätigte das zuständige Bezirksgericht den superprovisorisch verfügten Baustopp. Nach der Anfechtung des Urteils, gelang es der Schwyzer Regierung und dem EMD, einen Vergleich abzuschliessen, der eine Weiterarbeit ermöglichte. Von seiten des Rothenthurmer Gemeinderates und des WWF wurde danach versucht, sämtliche Bauarbeiten zu stoppen. Das Bundesgericht lehnte jedoch die Beschwerde ab. Es bekräftigte, dass das EMD keine ordentliche Baubewilligung benötige, wenn die Bauarbeiten der Landesverteidigung diene.<sup>9</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 03.12.1984  
CLAUDE LONGCHAMP

In der Folge verlangte die Bauherrschaft, nicht nur auf dem Kasernenareal bauen, sondern durch das ganze Moorgebiet eine Versuchswegstrecke einrichten zu können. Damit wollte sie Auskünfte über technische Schwierigkeiten beim Bau im Moor erhalten. Innerhalb der federführenden «**Arbeitsgemeinschaft gegen den Waffenplatz Rothenthurm**» (AWAR) führte dieses Vorgehen zu Spaltungserscheinungen. Die AWAR bekräftigte, weiterhin nur mit legalen Mitteln arbeiten zu wollen, um wenigstens das geplante Aufklärungsgelände zu verhindern. Dies führte dazu, dass sich ein radikaler Teil unter dem Namen «**Bürgeraktion Rothenthurm**» abspaltete und direkte Aktionen auf gewaltfreier Ebene ankündigte. Nebst einer Protestkundgebung gegen die eingeleitete Waldrodung wurde bis Jahresende jedoch nur die Lancierung einer Initiative zum Schutz vor Enteignungen in Aussicht gestellt.<sup>10</sup>

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE  
DATUM: 06.09.1985  
PETER GILG

Um das Waffenplatzprojekt Rothenthurm wurde weiterhin in einem **juristischen Kleinkrieg** gerungen, wie ihn das EMD bei entsprechenden Vorhaben noch nie hatte durchfechten müssen. Den Gegnern ging es vor allem um Zeitgewinn, damit vor der Volksabstimmung über ihre Initiative keine vollendeten Tatsachen 'geschaffen werden könnten. Nachdem das Bundesgericht in einer Reihe von Verfahrensfragen zu ihren Ungunsten entschieden hatte, schützte es im Sommer einen Entscheid der zuständigen **Eidgenössischen Schätzungskommission**, die das Gesuch des EMD um eine vorzeitige Besitzergreifung von einem Teil des beanspruchten Geländes abgelehnt hatte. Massgebend war dafür die Tatsache, dass die vom Enteigner beabsichtigten Bauten – Kaserne und Versuchswegstrecke – den Moorboden so stark beschädigen würden, dass er im Fall einer späteren Verhinderung des Projekts nicht mehr wiederherzustellen wäre. Die Fortsetzung der Arbeiten wurde damit erheblich eingeschränkt. Schon zuvor hatte das EMD sämtliche gegen die Enteignung erhobenen Einsprachen abgewiesen. Das Bundesgericht bestätigte ihm die formelle Befugnis dazu, worauf die Waffenplatzgegner gegen die materielle Rechtmässigkeit der Enteignung, also gegen deren Zweck, Beschwerde einreichten.<sup>11</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 11.09.1985  
PETER GILG

Im Herbst nahm **der Bundesrat** zur Volksinitiative Stellung, welche die Moore unter besonderen Schutz stellen will und in einer rückwirkenden Übergangsbestimmung den Abbruch allfälliger militärischer Bauten im Rothenthurmer Hochmoor verlangt. **Er beantragte, das Begehren abzulehnen**, zugleich aber durch eine Gesetzesrevision den Bundesschutz der Biotope zu verstärken.<sup>12</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 12.09.1985  
KATRIN HOLENSTEIN

Als **indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative** «zum Schutz der Moore» (Rothenthurm-Initiative) unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine **Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes**, welche einen Ausbau der Bestimmungen über den Biotopschutz beinhaltet. Indem nicht nur Moore, sondern ganz allgemein die Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten wirksamer geschützt werden sollen, geht die NHG-Revision zwar weiter als die Initiative. Jedoch hielt die Regierung mit dem Hinweis auf das unabdingbare militärische Bedürfnis in ihrer Botschaft am Projekt des Waffenplatzes in Rothenthurm (SZ) fest, obwohl dieses bedeutsamste Hochmoorgebiet der Schweiz ins Bundesinventar schützenswerter Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN-Inventar) aufgenommen worden war.<sup>13</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 18.06.1986  
KATRIN HOLENSTEIN

Die im Zusammenhang mit der **Volksinitiative «Zum Schutz der Moore»** (Rothenthurm-Initiative) eingeleitete **Teilrevision des Natur- und Heimatschutzgesetzes** (NHG) wurde sowohl in der Vernehmlassung als auch in den parlamentarischen Beratungen begrüsst. Während die Notwendigkeit eines verstärkten Biotopschutzes im Interesse der Landschafts- und Arterhaltung unbestritten war, stiess die Rothenthurm-Initiative, welche den integralen Schutz der Moorlandschaften und damit auch einen Verzicht auf den geplanten Waffenplatz verlangt, mehrheitlich auf Ablehnung. Mit 31 zu 3 Stimmen sprach sich der Ständerat gegen das Volksbegehren aus und stimmte der NHG-Revision ebenso klar zu. Dabei änderte die kleine Kammer den Schlüssel zur Aufteilung der Beitragsleistungen an die Schutzaufgaben zugunsten der Kantone.<sup>14</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 08.08.1986  
ALEXANDRE LACHAT

Le projet de la place d'armes prévue à Rothenthurm est empêtrée dans une bataille juridique depuis 1983. En juillet, le Tribunal fédéral a admis partiellement les nombreux recours déposés par les opposants au projet et a conséquemment annulé les décisions d'expropriation prononcées l'année précédente par le DMF. La première Cour de droit public a en effet estimé à l'unanimité que les renseignements fournis par le DMF en cours de procédure s'étaient révélés bien trop insuffisants pour pouvoir apprécier objectivement l'impact de l'ensemble du projet sur l'environnement, privant ainsi les principaux intéressés des moyens nécessaires de faire valoir leurs droits lors de la procédure d'opposition à l'expropriation. En conclusion, le Tribunal fédéral en a déduit que le droit d'être entendu garanti aux opposants avait été violé et a renvoyé le dossier au DMF pour une nouvelle instruction plus complète. Il a en outre invité celui-ci à tenir compte de toutes les données statistiques nouvelles, ainsi que des exigences de la nouvelle loi sur l'environnement. Ce verdict a été salué tant du côté des promoteurs que du côté des opposants à la place d'armes. Les premiers se sont félicités de voir la plus haute instance juridique du pays admettre implicitement la nécessité d'une place d'armes à Rothenthurm, alors que les seconds ont considéré celui-ci comme une première leçon pour le DMF. Parallèlement, le Conseil des Etats a suivi la recommandation du Conseil fédéral au sujet de l'initiative populaire «Pour la protection des marais» dite «Initiative de Rothenthurm». La chambre des cantons a pris très nettement position contre ce projet de texte constitutionnel qui vise indirectement à empêcher la construction d'une place d'armes à Rothenthurm. Elle a par contre approuvé la proposition du gouvernement de **réviser partiellement la loi sur la protection de la nature et du paysage** afin de renforcer tout de même la protection des marais et du biotope.<sup>15</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 30.06.1987  
STÉPHANE HOFMANN

Durant la session de printemps, le Conseil national s'est penché sur l'examen de l'initiative populaire "Pour la protection des marais – Initiative de Rothenthurm" qui vise à sauvegarder les marais et les marécages d'une beauté particulière et présentant un intérêt national ainsi qu'à interdire la construction d'une partie de la place d'armes de Rothenthurm (SZ). Une disposition transitoire de ce projet de texte constitutionnel prévoit en outre qu'il y aura lieu de démanteler toute installation ou construction et de remettre dans son état d'origine tout terrain modifié lorsque ces ouvrages ou modifications ont été entrepris après le 1er juin 1983. Malgré une importante minorité, composée des socialistes, de l'extrême gauche, des écologistes et d'une majorité d'indépendants et d'évangéliques, le Conseil national s'est finalement rallié au Conseil des Etats et a recommandé, par 115 voix contre 56, le **rejet de ladite initiative sans lui opposer de contre-projet**. En revanche, il a souscrit à la révision de la Loi sur la protection de la nature et du paysage (LNP) conçue par le Conseil fédéral comme contre-projet indirect à l'initiative et destinée à réduire son impact. Aux termes de ce nouveau texte, la Confédération déterminera les biotopes d'importance nationale qui méritent d'être protégés.<sup>16</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 10.11.1987  
KATRIN HOLENSTEIN

Die als **indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative** «zum Schutz der Moore – **Rothenthurm-Initiative**» vorgeschlagene Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) im Sinne einer Verstärkung des botanischen und zoologischen Biotopschutzes wurde von den Räten einstimmig verabschiedet. Das verstärkte rechtliche und finanzielle Engagement des Bundes im Bereich des Biotopschutzes war auch im Nationalrat unbestritten. Demgegenüber empfahl die grosse Kammer – wie im Vorjahr der Ständerat – die Rothenthurm-Initiative gegen die Opposition der Linken und Grünen Volk und Ständen zur Ablehnung.<sup>17</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 25.11.1987  
STÉPHANE HOFMANN

Tout au long de la campagne qui a précédé le scrutin populaire, la sensibilité de l'opinion face aux atteintes de l'environnement n'a cessé de se renforcer. Mais les milieux hostiles à l'initiative ont ignoré ce courant écologique et ont délibérément militarisé la question en présentant l'initiative comme une dangereuse manoeuvre destinée à affaiblir la défense nationale. Pour D. Raymond, responsable de l'information de la Société suisse des officiers, les promoteurs de l'initiative auraient dissimulé leurs véritables intentions derrière des options à la mode. Et de poursuivre en indiquant qu'il est incontestable que les milieux qui ont lancé l'initiative vont se retrouver pour approuver l'introduction d'un service civil et pour certains, la suppression de l'armée. Avis d'ailleurs partagé par le conseiller national F. Jeanneret (pl, NE), membre du **comité suisse contre l'initiative**, pour qui ce nouvel article constitutionnel, sous le couvert de la protection des sites naturels, ne serait en fait qu'une attaque contre la présence de l'armée en Suisse centrale. D'autres arguments ont été évoqués par les opposants comme le réel besoin de disposer d'une place d'armes, le fait que les hauts-marais n'étaient guère menacés par les activités militaires et que l'initiative devenait superflue depuis l'acceptation par les Chambres de la nouvelle LPN.<sup>18</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 26.11.1987  
STÉPHANE HOFMANN

Quant aux **défenseurs de l'initiative populaire**, ils ont créé un groupe de travail chargé de définir la conception de la campagne. Principale ligne directrice de la tactique choisie, ne pas jeter l'anathème sur l'armée ni remettre en cause cette institution. Les initiants se sont d'ailleurs toujours défendus de vouloir porter atteinte à la défense nationale et ont dit ne rechercher que la préservation de certains terrains agricoles et surtout d'un milieu naturel unique. Le public-cible choisi se recrutait parmi les électeurs sans affiliation politique, les jeunes, les femmes et les citoyens économiquement privilégiés. Pour obtenir le plus grand nombre de voix possible et pour dépasser le cercle traditionnel de la gauche et des écologistes, il a décidé d'éviter toute remise en cause globale de l'armée, mais n'a cependant pas manqué de contester le degré de ses droits sur la nature. Il a également recommandé de poursuivre dans la région de Rothenthurm l'agitation douce utilisée jusqu'ici. Il a jugé pertinent de donner des informations concrètes et positives et de jouer sur l'émotion et, paradoxalement, sur la prise de conscience patriotique, les adversaires n'ayant pas non plus manqué de faire observer que l'armée était elle aussi le garant d'une protection efficace de l'environnement.<sup>19</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 06.12.1987  
STÉPHANE HOFMANN

A la surprise générale, le peuple et la majorité des cantons se sont prononcés en faveur de l'**initiative de Rothenthurm** qui a obtenu 1'153'448 de oui (58%) contre 843'555 de non (42%). Seuls trois cantons, Valais, Thurgovie et Schwyz ont rejeté l'initiative. L'acceptation a été particulièrement nette en Suisse romande puisque quatre cantons romands se situent parmi les sept les plus favorables. Pour le DMF, le résultat du scrutin signifie qu'il devra abandonner le terrain d'exploration projeté dans la zone marécageuse. Comme A. Koller l'a souligné, il est très peu vraisemblable que l'armée renonce à l'aménagement d'une place d'armes à Rothenthurm, un projet redimensionné et conforme aux exigences écologiques devrait voir le jour.

#### **Votation du 6 décembre 1987**

Participation : 47,7%  
Oui: 1'153'448 (57,8%) / 20 cantons  
Non : 843'555 (42,2%) / 3 cantons

Mots d'ordre:

– Oui: PSS, PES, AdI\*, POCH, PST; USS; Ligue suisse pour la protection de la nature  
– Non: PRD, PDC\*, UDC, PLS, PEP', AN; UCAP, USAM, USP; Société des officiers

\* Recommandations différentes des partis cantonaux<sup>20</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 07.12.1987  
STÉPHANE HOFMANN

L'analyse VOX réalisée à l'issue du scrutin a montré que l'acceptation de l'initiative de Rothenthurm ne saurait être interprétée comme un désaveu de l'armée car la protection de l'environnement a constitué le motif de décision le plus important. Celui-ci a joué un rôle décisif pour 63% des partisans de l'initiative, tandis que 20% ont déclaré que leur vote était dirigé en premier lieu contre l'installation d'une place d'armes à Rothenthurm. Seuls 5% ont reconnu avoir voté oui pour affirmer leur opposition à l'armée. Le succès de l'initiative pour la protection des marais peut être attribué au fait qu'elle ne comportait pas de matière à alimenter des conflits; l'armée n'ayant pas beaucoup d'intérêts en jeu, la question de la défense nationale n'a donc pas joué le rôle déterminant que souhaitaient lui conférer les opposants, a poursuivi l'analyse Vox. L'initiative a non seulement été acceptée par les milieux de gauche, mais également par des milieux bourgeois et traditionnellement conservateurs, ce qui permet d'étayer la thèse selon laquelle les partisans de l'initiative ont d'abord fait valoir un souci écologique et non un réflexe antimilitariste.<sup>21</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 28.01.1988  
KATRIN HOLENSTEIN

Die neuen **Bestimmungen des Natur- und Heimatschutzgesetzes** (NHG) über einen umfassenden Biotopschutz, die nicht zuletzt mit Blick auf die Bekämpfung der Rothenthurm-Initiative ausgearbeitet worden waren, traten am 1. Februar in Kraft. Sie regeln den Schutz und den Unterhalt von Lebensräumen wie Mooren, Auen und Trockenstandorten und verlangen, dass in intensiv genutzten Gebieten mit naturnaher und standortgemässer Vegetation für ökologischen Ausgleich zu sorgen ist. Dabei entstehende Nutzungseinschränkungen oder Mindererträge werden durch die öffentliche Hand abgegolten. Für die Biotope von nationaler Bedeutung ist der Bund zuständig, für diejenigen von regionaler und lokaler Bedeutung sowie für die Massnahmen des ökologischen Ausgleichs sind die Kantone verantwortlich. In den nächsten zehn Jahren wird mit Gesamtaufwendungen von CHF 120 Mio. für den Biotopschutz gerechnet, wobei mehr als zwei Drittel auf den Bund entfallen.<sup>22</sup>

**BERICHT**  
DATUM: 01.02.1988  
KATRIN HOLENSTEIN

Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über den Biotopschutz haben die **Arbeiten an den Inventaren der gefährdeten Lebensräume für Pflanzen und Tiere** (Moore, Auen, Feuchtgebiete und Trockenstandorte) **verstärkte Priorität** erhalten. Die Inventare werden für die Grundeigentümer verbindlich sein – im Unterschied zu den Objekten des auf einen anderen NHG-Artikel abgestützten «Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung» (BLN), das keinen direkten rechtlichen Schutz bewirkt, sondern lediglich als Instrument der Richtplanung auf Bundesebene dient. Das BLN ersetzt und ergänzt stufenweise das Inventar der privaten «Kommission zur Inventarisierung der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung» (KLN), das im Frühling nach 30-jähriger Arbeit abgeschlossen wurde. Den Grundstein für dieses Werk hatten der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), der Schweizer Heimatschutz (SHS) und der Schweizer Alpenclub (SAC) angesichts der Bedrohung zahlreicher Landschaften durch Kraftwerkprojekte in den 50er Jahren gelegt, als es noch keinen Verfassungsartikel über Natur- und Heimatschutz oder eine speziell zuständige Bundesstelle gab.<sup>23</sup>

## **Beeinträchtigung der Landschaft durch geplante Schiess- und Waffenplätze, Hochspannungsleitungen oder Wasserkraftprojekte**

### **Naturschutz**

Mit der **Beeinträchtigung der Landschaft durch geplante Schiess- und Waffenplätze, Hochspannungsleitungen oder Wasserkraftprojekte** beschäftigten sich mehrere parlamentarische Vorstösse. So erkundigte sich Nationalrat Loretan (fdp, AG) (Ip. 86.830) nach einem Gesamtkonzept für das Freileitungsnetz der Schweiz, worauf der Bundesrat zusicherte, im Rahmen der Planungsgenehmigungsverfahren für den Bau von Hochspannungsleitungen dafür zu sorgen, dass die Aspekte der Raumplanung und des Landschafts-, Natur- und Heimatschutzes gebührend berücksichtigt werden. Eine vom Nationalrat als Postulat überwiesene Motion Longet (sp, GE) (Mo. 87.392) forderte den Bundesrat ferner auf, zur Verstärkung des Landschaftsschutzes Gesetzesvorschläge zu

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 18.12.1987  
KATRIN HOLENSTEIN

unterbreiten, um den in den verschiedenen Inventaren aufgenommenen Landschaften einen tatsächlichen Schutz auch durch Kantone und Gemeinden zu garantieren und um den Weisungen des EDI betreffend Skipisten, Meliorationen, Hochspannungsleitungen etc. Rechtskraft zu verschaffen.<sup>24</sup>

## Zweite Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes

### Naturschutz

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 21.07.1988  
KATRIN HOLENSTEIN

Nachdem 1987 die Rothenthurm-Initiative angenommen und damit der Schutz der Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung in der Verfassung verankert worden war, wird eine **erneute Revision des NHG** nötig. Während die gesetzliche Grundlage für den Schutz einzelner Moore gegeben ist, muss das NHG in Bezug auf die Moorlandschaften noch angepasst werden. Zudem sind Ausführungsbestimmungen zum Vollzug der Rothenthurm-Initiative zu erlassen, da unter anderem unklar ist, inwiefern sich der Verfassungsauftrag an den Bund und inwiefern er sich an die Kantone richtet. Um die Probleme mit der Interpretation des neuen Verfassungsartikels zu klären und die damit verbundenen Rechtsunsicherheiten zu beheben, sollen die schützenswerten Moore und Moorlandschaften definiert und in einem Inventar verbindlich bezeichnet werden.<sup>25</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 21.12.1989  
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil fédéral mettait en consultation un **projet de révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage** (LPN); si la protection de la nature relève des cantons et que la protection des marais figure déjà dans la loi, le DFI estime que la définition de site marécageux doit être appliquée uniformément sur l'ensemble du territoire. La Confédération devrait donc définir dans la loi les sites à protéger et en dresser l'inventaire qui en compterait 50 à 70. Elle financera en partie les mesures de protection et d'entretien. F. Cotti a précisé que si ces biotopes devaient continuer à être détruits ou endommagés, il sera nécessaire de recourir à un arrêté fédéral urgent.<sup>26</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 19.04.1990  
SERGE TERRIBILINI

Le projet de **révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage**, mis en consultation en 1989, a reçu un accueil favorable de la part des cantons, même si certains se sont opposés à des mesures prévoyant une participation financière relativement élevée de leur part pour la protection des biotopes. Globalement, ce texte vise à définir les sites marécageux d'importance nationale afin de permettre à la Confédération, de concert avec les cantons, de les préserver. Celle-ci entend donc non seulement fournir un appui financier, mais aussi assurer une application uniforme de la loi par une bonne coordination des mesures prises. Elle désire, d'autre part, se donner les moyens de promouvoir la conservation des monuments.<sup>27</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 26.06.1991  
SERGE TERRIBILINI

Le projet de révision de la LPN, présenté par le Conseil fédéral en août, se compose de deux volets. L'un concerne la **conservation des monuments historiques** et l'autre la protection des sites marécageux. Dans le premier cas, la Confédération devra se limiter, sauf intérêt supérieur de l'Etat, à soutenir financièrement et techniquement les cantons, selon leur capacité et l'importance de l'objet. Les organisations pour la conservation des monuments historiques seront également aidées, à l'instar de celles pour la protection de la nature et du paysage. Par ailleurs, la définition du monument historique est élargie et ne se limite plus à de simples critères esthétiques ou stylistiques; l'ancienneté, l'unité architecturale ou l'intérêt culturel sont désormais fondamentaux. La loi s'applique donc aussi bien à des sites archéologiques, qu'au mobilier ou à des groupes de bâtiments.<sup>28</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 28.06.1991  
SERGE TERRIBILINI

Dans le second cas, la révision de la LPN répond à la nécessité d'une réglementation fédérale concernant la **protection des sites marécageux**. Celle-ci découle des nouvelles dispositions constitutionnelles issues de l'initiative de Rothenthurm acceptée en 1987. Le conseil fédéral aura ainsi la tâche de déterminer les objets à protéger et de les préserver avec la collaboration des cantons. La révision vise, à ce sujet, une application uniforme de la loi par la mise en place de dispositions avec effets obligatoires. En ce qui concerne le financement des mesures de protection et d'entretien, la participation de la Confédération devra se monter à 60% au plus du montant total.<sup>29</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 05.07.1991  
SERGE TERRIBILINI

Ce projet accorde un **droit de recours aux organisations de protection de la nature**, ainsi qu'à celles pour la conservation des monuments historiques. Il donne également à l'office fédéral compétent le droit de recourir contre les décisions cantonales prises dans le cadre de l'exécution des tâches fédérales.<sup>30</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 18.06.1992  
SERGE TERRIBILINI

Dans le but notamment d'adapter la législation au mandat constitutionnel émanant de l'adoption par le peuple de l'initiative Rothenthurm en 1987, **le Conseil des Etats a adopté à l'unanimité la révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage**. Sous la pression de certains cantons alpins possédant de nombreux sites marécageux, le projet du Conseil fédéral a été quelque peu assoupli. C'est ainsi que les sénateurs ont ajouté un article stipulant que l'aménagement et l'exploitation des sites marécageux étaient admissibles lorsqu'ils ne portaient pas atteinte à leurs éléments caractéristiques, ce qui élargit le champ des exceptions prévues précédemment. Par contre, la Chambre a rejeté les propositions visant à biffer les dispositions rétroactives prévues par l'article constitutionnel et à rendre possible l'agrandissement d'immeubles ou la construction de routes dans ces sites. Par ailleurs, elle a précisé que, concernant le droit de recours des organisations de protection de la nature, ces dernières devaient intervenir dès le premier stade de la procédure. En outre, s'il incombe au Conseil fédéral de définir le périmètre des sites protégés, la petite chambre a tenu à préciser que cela devait se faire en étroite collaboration avec les cantons, ceux-ci consultant eux-mêmes les propriétaires touchés.<sup>31</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 01.12.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der **Nationalrat** befasste sich als Zweitrat mit der nach der Annahme der Rothenthurm-Initiative erforderlich gewordenen **Revision des NHG**. Bei der Eingliederung des Bereichs Denkmalpflege stimmte die grosse Kammer den Beschlüssen des Ständerats zu. Beim zweiten Problemkreis, den **Inventaren der Objekte von nationaler Bedeutung**, hat der Nationalrat die Formulierung des Ständerats übernommen, wonach die Gestaltung und Nutzung der Moorlandschaften nur zulässig sind, wenn sie der Erhaltung der moorlandschaftstypischen Gegebenheiten nicht widersprechen. Ein Minderheitsantrag aus links-grünen Kreisen, welcher eine Gestaltung und Nutzung nur zulassen wollte, soweit diese zur Erhaltung der moorlandschaftstypischen Gegebenheiten beitragen, wurde abgelehnt. Die ständerätliche Formulierung, wonach die Perimeter der schützenswerten Moorlandschaften durch Bundesbehörden in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen, die ihrerseits direkten Kontakt mit den betroffenen Landeigentümern pflegen, fand Zustimmung. Im dritten Problemkreis, der **Beschränkung des Behörden- resp. Verbandsbeschwerderechts**, ging der Nationalrat gegen eine starke Minderheit noch einen Schritt weiter als der Ständerat. Wie der Erstrat beschloss die grosse Kammer, dass die beschwerdelegitimierten Organisationen ihre Einwendungen schon in der allerersten Phase des Verfügungserlasses anbringen müssen, ansonsten sie ihre Beschwerdeberechtigung verlieren. Er stimmte aber zudem unter Namensaufruf mit 101 zu 86 Stimmen einer Teilföderalisierung zu, wonach das Verbandsbeschwerderecht gesamtschweizerischer Organisationen auf Objekte von nationaler Bedeutung oder auf solche, von denen mehrere Kantone betroffen sind, eingeschränkt wird. In allen übrigen Fällen können die Kantone die beschwerdeberechtigten Organisationen bezeichnen. Ausserdem nahm die grosse Kammer den Antrag Maître (cvp, GE) mit 83 zu 60 Stimmen an, wonach das Beschwerderecht bei Objekten von öffentlichem Interesse gemäss eidgenössischem oder kantonalem Recht ausgeschlossen sein soll. In der Gesamtabstimmung passierte die Vorlage relativ knapp mit 79 zu 68 Stimmen.<sup>32</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 11.03.1994  
SERGE TERRIBILINI

Dans la **procédure d'élimination des divergences** relative à la révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage, le **Conseil des Etats**, sur proposition de sa commission, est revenu sur les décisions de la grande chambre dans le cadre du débat sur le **droit de recours** des organisations de protection de l'environnement (et des communes). La version du Conseil national, défendue en l'occurrence par E. Delalay (pdc, VS), entendait limiter le droit de recours des organisations nationales aux seuls objets de signification nationale ou concernant plusieurs cantons et, pour les autres cas, laisser la liberté aux cantons de définir eux-mêmes les organisations compétentes. Les sénateurs ont refusé de telles restrictions et ont en outre biffé une proposition Maître (pdc, GE) supprimant tout droit de recours contre des projets déclarés d'utilité publique. Ils ont en général estimé que le droit de recours ne saurait par trop être restreint, car il représente un des piliers de l'Etat de droit et qu'il est nécessaire que la nature puisse bénéficier de représentants pouvant défendre ses intérêts.<sup>33</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 15.12.1994  
SERGE TERRIBILINI

Malgré diverses velléités d'en revenir à sa position initiale, le **Conseil national** s'est finalement rallié aux vues de la petite chambre. Il a néanmoins maintenu une divergence pour ce qui est du moment où un recours peut être intenté. Tandis que le Conseil des Etats avait situé cet instant immédiatement après la décision en première instance de l'autorité, la grande chambre a choisi une solution plus rapide en le plaçant avant. Les promoteurs de cette solution ont souligné que cela permettrait à l'autorité de prendre une décision en toute connaissance de cause. Les opposants ont souligné que cela risquait de provoquer un encombrement procédural, organisations et communes étant contraintes de s'opposer a priori à tout projet.<sup>34</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 19.12.1995  
LIONEL EPERON

Après que le Conseil national eut maintenu, fin 1994, la dernière divergence avec la Chambre haute en ce qui concerne le moment auquel le **droit de recours** des organisations de protection de l'environnement et des communes doit être exercé, une **conférence de conciliation** s'est tenue au mois de février. Souhaitant introduire une précision à la solution retenue en septembre 1994 par le Conseil des Etats, celle-ci a alors adopté une disposition stipulant que lorsque le droit fédéral ou cantonal prévoit une procédure d'opposition antérieure à la prise de décision, les communes et les organisations n'ont qualité pour recourir que si elles sont intervenues dans la procédure d'opposition au titre de partie. Plus concrètement, cette disposition a pour effet que les communes et les organisations ne devront participer à la procédure préalable que lorsque le droit fédéral ou cantonal le prévoira. Se ralliant à la solution élaborée par la conférence de conciliation, les Chambres fédérales ont réglé le dernier point qui empêchait l'adoption de l'ensemble de la révision de la loi sur la protection de la nature et du paysage dont l'entrée en vigueur a été fixée au 1er février 1996.<sup>35</sup>

## Änderung des Übereinkommens von Ramsar zum Schutz von Feuchtgebieten (BRG 88.010)

### Naturschutz

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 16.12.1988  
KATRIN HOLENSTEIN

Eines der ältesten internationalen Abkommen im Naturschutzbereich, das aus dem Jahr 1971 stammende **Übereinkommen von Ramsar zum Schutz von Feuchtgebieten** als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, soll durch strukturelle Anpassungen grössere Durchschlagkraft erhalten. Beide Räte ermächtigten den Bundesrat zur **Ratifikation der Änderung**. Das Ramsar-Abkommen war von der Schweiz 1974 unterzeichnet und 1976 ratifiziert worden, doch fehlte dem Bund bisher die Möglichkeit, die eingegangenen Schutzverpflichtungen zu realisieren, weil die Kompetenz dazu bei den Kantonen lag. Gestützt auf die Biotopschutzbestimmungen des revidierten NHG sowie auf das neue, seit dem 1. April geltende Jagdschutzgesetz (JSG), das unter anderem die Ausscheidung von Zugvogelreservaten von internationaler Bedeutung vorsieht, kann der Bund nun die Schutzgebiete nach Anhörung der Kantone im Sinne des Ramsar-Abkommens festlegen.<sup>36</sup>

# Ordonnances sur la protection des marais

## Naturschutz

VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS  
DATUM: 11.10.1989  
SERGE TERRIBILINI

En vertu de la LPN, la Confédération a la compétence de s'occuper de la **protection des biotopes d'importance nationale**. A cet effet, le DFI a mis en consultation deux ordonnances sur la protection des zones alluviales et des marais d'altitude. Celles-ci devraient permettre de créer des **inventaires** fédéraux afin de recenser ces zones. Ces ordonnances, en inventoriant près de 500 hauts-marais et 165 zones alluviales (cela représente en tout une superficie de 11'500 hectares), pourront fournir aux cantons et aux organisations spécialisées une liste constituée de fiches signalétiques décrivant les caractéristiques des sites et donnant les objectifs de protection. Elles prescrivent, de plus, les activités agricoles et forestières appropriées à ces endroits. Les exploitants auront droit à un dédommagement s'ils doivent limiter leur utilisation du biotope ou s'ils doivent fournir une prestation pour le protéger. La Confédération devrait assurer le financement des mesures de protection dans une proportion d'environ 60%, le reste incombant aux cantons. Pour cela, elle déboursa CHF 20 millions jusqu'en 1995. Lors de la procédure de consultation, certains cantons ont demandé une participation plus importante de la Confédération, voire une prise en charge à 100%.<sup>37</sup>

VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS  
DATUM: 26.02.1991  
SERGE TERRIBILINI

Tirant sa compétence de la disposition constitutionnelle provenant de l'initiative Rothenthurm et de la LPN, le Conseil fédéral a édicté ou mis en consultation plusieurs textes visant la protection des marais. En premier lieu, il a adopté l'**ordonnance sur la protection des hauts-marais** d'importance nationale, contenant une liste de 514 sites pour une surface totale de 15 km<sup>2</sup>. Ces biotopes sont principalement situés dans le nord des Alpes et le Jura romand. Ce texte est entré en vigueur le 1er février.<sup>38</sup>

VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS  
DATUM: 17.11.1992  
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil fédéral a mis en vigueur le 15 novembre l'**ordonnance sur la protection des zones alluviales d'importance nationale** visant à protéger 169 objets significatifs. Le but de ce texte est de garantir des conditions aptes au développement de la faune et de la flore typiques de ces régions. Il appartient aux cantons de délimiter précisément ces espaces ainsi que les zones tampons adéquates. Les seules possibilités de porter atteinte à ces endroits concernent des projets dont l'emplacement s'impose directement par leur destination, et qui servent la protection de l'homme ou un intérêt public prépondérant d'importance nationale.<sup>39</sup>

VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS  
DATUM: 08.09.1994  
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil fédéral a mis en vigueur, au 1er octobre, l'**ordonnance sur la protection des bas-marais d'importance nationale**. Ce texte comporte un inventaire de 728 objets protégés (environ 0,3% de la superficie de la Suisse) regroupant les deux tiers des 1'084 objets mis en consultation en 1990. Le solde devrait recevoir une base légale pour sa protection en 1995.<sup>40</sup>

VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS  
DATUM: 11.12.1996  
LIONEL EPERON

Peu avant la fin de l'année, le Conseil fédéral a par ailleurs décidé que 377 nouvelles zones humides figureraient dès le 1er mars 1997 dans l'**inventaire fédéral des bas-marais d'importance nationale**. Ces nouveaux sites dignes d'être protégés viendront ainsi compléter la liste des 723 objets déjà répertoriés en 1994.<sup>41</sup>

# Plusieurs interventions parlementaires visent à affaiblir la protection des marais

**MOTION**  
DATUM: 02.07.1992  
SERGE TERRIBILINI

## Naturschutz

La commission du Conseil national a déposé une motion demandant que, concernant les sites marécageux, l'article constitutionnel soit modifié, afin que le maintien d'une utilisation déjà existante de ces sites comme espaces de vie, de travail ou de détente soit possible, si tant est que ces activités ne portent pas atteinte à des bas ou hauts-marais. Au Conseil national toujours, T. Schnider (pdc, LU) a déposé une motion de même teneur cosignée par 112 députés et demandant de surcroît **la réduction du nombre de sites à protéger**.<sup>42</sup>

**STANDESINITIATIVE**  
DATUM: 30.10.1992  
SERGE TERRIBILINI

Les cantons d'Obwald, de Schwytz et des Grisons ont déposé chacun une **initiative demandant l'édulcoration de l'article 24sexties de la constitution** (Rothenthurm). Selon leurs textes, il s'agirait de pondérer la protection des marais avec les intérêts de l'économie régionale tels que tourisme, armée, loisirs, commerces et industries. En outre, la clause de rétroactivité contenue dans la disposition transitoire devrait être abrogée.<sup>43</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 03.11.1992  
SERGE TERRIBILINI

Ces diverses interventions ont provoqué des **protestations véhémentes de la part des organisations de protection de l'environnement et de la nature**. Celles-ci ont dénoncé ce qu'elles considèrent comme une entreprise de sabotage de la protection des marais au seul bénéfice des intérêts de la construction et du tourisme. Pour sa part, le Conseil fédéral a déclaré qu'il n'entendait pas trahir la volonté populaire, mais qu'il était prêt à poursuivre sa collaboration étroite avec les cantons et à examiner de près les cas où des conflits importants existent, quitte à réduire le nombre d'objets figurant dans l'inventaire des sites marécageux.<sup>44</sup>

## Inventaire des sites marécageux

**VERORDNUNG / EINFACHER  
BUNDESBESCHLUSS**  
DATUM: 02.05.1996  
LIONEL EPERON

## Naturschutz

Conformément au mandat constitutionnel né de l'acceptation par le peuple et les cantons de l'initiative populaire «Rothenthurm» en 1987, le Conseil fédéral a approuvé début mai l'**inventaire des sites marécageux** d'une beauté particulière et d'importance nationale. Ce document - qui répertorie 88 sites de ce type - est entré en vigueur le 1er juillet de l'année sous revue, tout comme l'ordonnance y relative dont l'objectif est de régler la protection des zones inventoriées et, le cas échéant, leur utilisation par le tourisme, l'agriculture ou l'armée.<sup>45</sup>

## La concrétisation de l'initiative Rothenthurm laisse à désirer selon WWF et Pro Natura

**VERBANDSCHRONIK**  
DATUM: 06.12.1997  
LIONEL EPERON

## Naturschutz

Dix ans après l'acceptation par le souverain de l'«Initiative Rothenthurm» relative à la protection des marais, les organisations de protection de l'environnement WWF et Pro Natura ont estimé que sa **concrétisation laisse pour l'heure à désirer**. Reconnaisant que l'initiative a permis de sauver de nombreux sites marécageux, les deux associations ont toutefois déploré le fait que plusieurs cantons ne respectent pas les délais d'application de la protection des tourbières et des bas marais. Dans l'optique de combler ces lacunes, le WWF et Pro Natura ont publié un manifeste requérant l'allocation de CHF 25 millions par année pour la protection des sites marécageux.<sup>46</sup>

- 1) JdG, 23.5.79; 24 Heures, 24.5.79; BaZ, 12.5.79; TA, 12.5. und 6.10.79; Vat., 12.5.79; NZZ, 6.10.79
- 2) TA, 25.10. und 24.11.82; LNN, 4.11. und 26.11.82; Vat., 3.5.82
- 3) BaZ, 9.8. und 14.9.82; Vat., 10.9., 22.10. und 30.12.82
- 4) Vat., 23.9., 3.10., 21.11. und 20.12.85
- 5) BBl, 1983, 2, S. 38 ff.; Presse vom 4.1.-12.1., 14.1., 27.1. und 26.2.83; Vat., 5.2.83; Ww, 7, 16.2.83; TA, 20.1.83
- 6) BBl, 1987, 2, S. 907 ff.; Presse vom 8.3.83; Ww, 11, 16.3.83; Vat., 3.5.83
- 7) NZZ, 18.4. und 29.4.83; BaZ, 19.4. und 5.5.83; Vat., 5.5.83; TA, 18.4.83
- 8) BaZ, 26.5.83; TA, 30.5. und 26.9.83; NZZ, 14.6., 27.6. und 12.9.83; Vat., 27.5. und 16.8.83; AB NR, 1983, S. 1253 ff.; AB NR, 1983, S. 1259 ff.; AB SR, 1983, S. 300 ff.; BBl, 1983, 4, S. 198 ff.; Presse vom 27.4., 21.5., 24.5. und 1.6.83
- 9) NZZ, 3.4. und 19.5.84; LNN, 4.1., 21.4. und 22.5.84; Vr, 5.6.84; Vat., 10.1., 17.2., 15.3., 26.3., 27.3., 7.4., 22.6. und 11.10.84; Presse vom 15.2., 29.2., 20.6., 8.8. und 27.9.84
- 10) Vat., 29.8., 6.10., 6.11. und 3.12.84; LNN, 17.10.84; BaZ, 28.9.84
- 11) Presse vom 6.9.85; TA, 1.2. und 10.7.85; Vat., 12.3.85; LNN, 10.7.85
- 12) BBl, 1985, 2, S. 1445 ff.
- 13) Presse vom 12.9.85; BBl, 1985, 2, S. 1445 ff.; NZZ, 25.1.85; 12.3.85; Friedenszeitung, 56. April 1986
- 14) AB SR, 1986, S. 351 ff.; Presse vom 18.6.86; Vat., 24.4.86; NZZ, 2.5. und 29.5.86
- 15) AB SR, 1986, S. 351 ff.; Presse du 26.7.86; WoZ, 32, 8.8.86
- 16) BO CE, 1987, p. 168; BO CE, 1987, p. 240; BO CE, 1987, p. 424; BO CN, 1987, p. 1040; BO CN, 1987, p. 130 ss.; BO CN, 1987, p. 148 ss.; BO CN, 1987, p. 522; BO CN, 1987, p. 819; FF, 1987, 1, p. 969 s.; FF, 1987, 2, p. 962 ss.; RO, 1988, p. 254 ss.
- 17) AB NR, 1987, S. 1621; BBl, 1987, 1, S. 984; NZZ, 28.2. und 14.11.87; Ww, 31.12.87; Schweizer Naturschutz, 1987, Nr. 6, S. 36 f. und Nr. 7/8, S. 17. BZ, 6.11. und 25.11.87; TA, 19.11.87
- 18) NZZ, 9.4. et 6.11.87; JdG, 20.11.87; ASMZ, 153/1987, p. 397 s., 493 s., 577 s., 669 et 713
- 19) Domaine public, 865, 26.11.87; FAN, 1.12.87; L'Hebdo, 50, 10.12.87; Lib., 20.11.87; Documenta, 1987, no 4, p. 35; Bund, 10.1.87; SGT, 28.11.87; Friedenszeitung, 1987, Nr. 69
- 20) NZZ, 8.12.87; Presse du 7.12.87
- 21) Vox, Analyse de la votation fédérale du 6 décembre 1987, Zurich 1988.
- 22) AS, 1988, S. 254 ff.; AT und BZ, 28.1.88
- 23) AS, 1989, S. 98; SGT, 19.7.88; NZZ, 21.9.88; Schweizer Naturschutz, 1988, Nr. 5, S. 20 f.
- 24) AB NR, 1987, S. 1029 f.; AB NR, 1987, S. 1319; AB NR, 1987, S. 1460 f.; AB NR, 1987, S. 1526; AB NR, 1987, S. 155 f.; AB NR, 1987, S. 1705; AB NR, 1987, S. 1910; AB NR, 1987, S. 534 f.; AB NR, 1987, S. 980 f.; BZ, 15.1.87; NZZ, 3.3.87; TA, 14.4. und 21.11.87.; SGU-Bulletin, 1987, Nr. 4.
- 25) AB SR, 1988, S. 298 ff.; NZZ, 2.3. und 5.6.88; BZ, 11.3.88; LN, 5.5 und 6.5.88; Ww, 26.5.88; Vat., 5.5., 6.5. und 21.7.88
- 26) Presse du 21.12.89
- 27) Presse du 19.4.90; Vat., 28.3.90; Dém., 29.3.90
- 28) FF, 1991, 3, p. 1137 ss.
- 29) FF, 1991, 3, p. 1137 ss.
- 30) FF, 1991, 3, p. 1137 ss.; NZZ, 15.4.91; presse du 5.7.91
- 31) BO CE, 1992, p. 600 ss.; NZZ, 15.1 et 18.5.92; LZ, 16.5.92; Bulletin de l'OFEPF, 1992, no 3; Presse du 19.6.92
- 32) AB NR, 1993, S. 2065 ff.; AB NR, 1993, S. 2089 ff.; Hebdo, 9.12.93; Presse vom 1.12.93
- 33) BO CE, 1994, p. 203 ss.; Presse des 7.1 et 11.3.94
- 34) BO CN, 1994, p. 1119 ss.; BO CN, 1994, p. 2432 ss.; Presse du 17.6.94; SGT et Bund, 20.4.94; BaZ, 23.9.94
- 35) BO CE, 1995, p. 287 s.; BO CN, 1995, p. 707 ss.; FF, 1995, 2, p. 352 ss.; NZZ, 25.2.95; Presse des 17.3 et 19.12.95
- 36) AB NR, 1988, S. 1703 f.; AB NR, 1988, S. 1977; AB SR, 1988, S. 291 f.; AB SR, 1988, S. 942; AS, 1988, S. 506 ff.; BBl, 1988, II, S. 1 ff.; BBl, 1988, III, S. 1493; NZZ, 18.2., 28.5., 17.6. und 7.12.88
- 37) 24 Heures, 11.5.89; NZZ, 17.5.89; Dém., 7.9.89; SGT, 11.10.89; Bulletin de l'OFEPF, 1989, no 2 et Schweizer Naturschutz, 1989, no 4; Presse du 29.4.89
- 38) NZZ et JdG, 22.1.91; TA, 26.2.91
- 39) Presse du 29.10.92; RO, 1992, p. 2080 ss.
- 40) NZZ, 9.9.94; Presse du 8.9.94
- 41) AZ, 10.12.96; Presse du 11.12.96
- 42) BaZ et NZZ, 2.7.92; Délib. Ass. féd., 1992, VI, p. 112; Délib. Ass. féd., 1992, VI, p. 43
- 43) BZ, 6.6.92; NZZ, 30.5., 21.9., 24.9 et 30.10.92; LNN, 5.6.92; LZ, 25.9 et 9.10.92; SGT, 29.9 et 17.10.92; Lib., 29.10.92
- 44) Presse du 18.7. et 3.11.92
- 45) Presse du 2.5.96
- 46) Presse du 6.12.97; SGT, 5.12.97; NZZ, 22.12.97